

Ercheint täglich
für 6/4 Nbr.
Schlesien mit Gegend
Postamtstraße 21.
Sprengel der Redaction
Montags 10-12 Uhr.
Freitags 4-8 Uhr.
In der Kasse des Verlegers
wird auch für die Abnehmer
besorgt.
Kassier der für die abge-
lassenen Nummern bestimmten
Posten an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen bis 1/2 Uhr.
In der Kasse für Zus. Anzeigen:
Otto Kramm, Unterwallstraße 21,
Sonder-Verkauf, Postamtstr. 14, p.
von 10 bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anfrage 16,000.
Abonnementpreis vierteljährlich 6/4 Nbr.,
incl. Postgebühren 5 Nbr.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerungsplatz 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
einer Postbestellung 50 Pf.
mit Postbestellung 60 Pf.
Jahrespreis 6 Nbr. Postgebühren 20 Nbr.
Ergänzende Nummern laut unterem
Preisverzeichnis. — Tabellarische
Liste nach Bedarf.
Kassier unter dem Redaktions-
bureau die Spalten 40 Pf.
Jahrespreis sind auch an d. Kassier:
zu haben. — Redakt. wird nicht
gesucht. Bestellungen an den
Verleger.

Nr 363.

Montag den 29. December 1879.

73. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalswechsel den Andrang möglichst zu beschränken, können die geehrten Abonnenten **Karte und Rechnung bereits von heute an in Empfang nehmen lassen.**

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 28. December.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist Herr Bischoff seit vierzehn Tagen nicht gerade krank, aber doch derartig unbehaglich, daß er das Zimmer nicht verläßt. Seine Absicht war es, das Weihnachtsgeld in Berlin zu vertheilen, allein das raube Wetter verbot die Reise, und der Kanzler wird sich erst ganz wieder erholen müssen, bevor er sein hinterpostamentarisches Dominium verläßt. Gegenwärtig ist ganz ungewiß, wann der Reichskanzler nach Berlin kommt. — Das Reichskanzleramt wird dem Betrachter nach in der ersten Hälfte des Januar im Gange sein, an den Bundesrath einige Specialatien abzugeben. Zum Abschluß gelangt in der That der Marineverwaltung, des Reichskanzleramts, der Etat für Fisch-Forstungen und für das Reichsjubiläum. Es darf angenommen werden, daß der Etat pro 1880/81 im Wesentlichen mit dem Etat des laufenden Jahres übereinstimmt, daß mithin der Reichstag über die Etatübernahme in demnächstigen, selbst wenn die Session nicht vor dem 15. Februar beginnt.

Der „Magdeburger“ wird, auf dem offiziellen, aus dem Reichskanzleramt, der Finanzminister Ritter hatte bekanntlich die Vorlegung des Budgets, welches die Einberufung des Reichstages in Ober-Sachsen betrifft, für die Mitte des künftigen Monats angekündigt. Es werden indessen alle Anstrengungen gemacht, wenn irgend möglich, den Anfang mit dem Entwurf schon sofort nach dem Wiederbeginn der Arbeiten beschleunigen zu können. Diefen schieben sich auf die laufenden Berichte des Oberpräsidenten und der Regierungsbehörden aus den heimischen Kreisen, und es sind diese Berichte in letzter Zeit erheblich beschleunigt worden. Die Mitte des Januar war von dem Oberpräsidenten nur als letzter Termin bezeichnet worden. Im Vorhinein wird man jedenfalls die Sache nicht anstellen, und es steht zu erwarten, daß die vom Staate zu bewilligenden außerordentlichen Aufwendungen noch vor dem Ablauf des Januar käuflich gemacht werden können.

Das Ergebnis der Magdeburger Wahl vom 23. d. M. ist, wie allezeit anerkannt wird, als ein verhältnismäßig unglücklich zu betrachten. Obgleich die Theilnahme an der Wahl diesmal weit schwächer war, als im vorigen Jahre, so hat doch der Socialdemokrat Bieder die meisten Stimmen mehr erhalten, als der socialdemokratische Candidat Brause im Jahre 1878. Es ist nicht anzunehmen, daß die Zahl der wählenden Socialdemokraten trotz des Socialgesetzgesetzes um so viel zugenommen hat, und selbst fortgeschrittene Blätter rechnen, daß etwa ein Drittel der Wähler der Fortschrittspartei für den Socialdemokraten votirt hat. Diese Annahme, welche die größte Wahrscheinlichkeit für sich hat, ist verschiedentlich commentirt worden. Am wunderbarsten ist der Commentar, welchen ein Magdeburger Brief in der „Post“ liefert; nach demselben soll die Schuld daran, daß ein Theil der nichtsocialdemokratischen Wähler für den Socialdemokraten und gegen den nationalliberalen Candidaten gestimmt hat, einzig und allein die nationalliberale Partei treffen. Die Nationalliberalen sollen durch ihren „Hebermuth“ sich haben das Best an den Händen haben lassen. Von einem solchen „Hebermuth“ ist uns nichts bekannt geworden. „Hebermuth“ kann man es doch unmöglich nennen, wenn die Partei, welche bisher den Wahlkreis umgeben hat, wieder einen eigenen Candidaten aufstellt, was selbst die Conservativen Magdeburger trotz ihrer geringen aussichtslosen Anzahl gethan haben. Der Magdeburger Brief im „Post“ behauptet damit einen sehr wunderbaren in unserm politischen Leben: die politische Partei, welche sich vielfach auch in den Wählerkreisen großer Städte bemerkbar macht und sich nicht auf die Anhänger einer einzelnen Partei beschränkt. Jeder Wähler, welcher sich bei der Wahl von politischen Grundfragen leiten läßt, muß bei derselben seiner politischen Ueberzeugung am möglichst correcten Ausdruck zu geben; er läßt sich dabei nicht von persönlichen Namen, Stimmungen oder Bestimmungen leiten. Jeder aber, der solche Bestimmungen einen großen Einfluß auf das Resultat der freien Wahlen aus, und daß die politischen „Vertrauensmänner“ mancher

Parteien lassen sich, obgleich man ihnen doch ein gereifteres Urtheil zutrauen sollte, von ihnen beeinflussen, wie nahegelegene Beispiele ergeben. Namentlich trifft dies bei Stichwahlen zu; die Kämpfe bei der ersten Wahl werden erfahrungsgemäß zwischen den näherstehenden Parteien immer mit größerer Erbitterung geführt, als zwischen Parteien, welche auf verschiedenem Boden stehen, und es ist schwer, das Stos der Wählerchaft, welches besonders gegen den Candidaten der nächststehenden Partei eingelegt ist, das für zu gewinnen, bei der Stichwahl für diesen zu stimmen. Darum kommt das Resultat vieler Stichwahlen gerade den extremen Parteien zu Gute. Für die Führer der Parteien in den einzelnen Wahlkreisen erwächst daraus die Pflicht, schon bei der ersten Wahl ihre Parteigenossen auf eine mögliche engere Wahl vorzubereiten und die Spitze ihrer Angriffe nicht vorzugsweise gegen den Candidaten der nächststehenden Partei zu kehren.

Einem Telegramm aus München zufolge hat der Kriegsminister den Kammern zwei Gesetzentwürfe zugehen lassen, betreffend die Bewilligung eines weiteren außerordentlichen Credits von 1,467,454 Mark für militärische Bauten und die Bewilligung eines Voranschusses zu weiteren Bauten im Betrage von 4,102,066 Mark, deren Deduktion aus dem Erlöse für zu veräußernde Militärrückstellungen und durch einen Zuschuß aus dem ordentlichen Militäretat erfolgen soll.

Nach dem von dem Finanzminister des Reichstages erhaltenen Berichte werden von der kaiserlichen Regierung für den Militär- und Marineetat 3,047,000 Kronen verlangt und waren hierfür in dem vorjährigen Etat 1,974,900 Kronen bewilligt. Die der gemäßigten Seiten angehörigen Mitglieder beantragen nun, 1,570,000 Kronen, die Radicals dagegen, 1,844,000 Kronen für den neuen Etat zu bewilligen. — Zur Bewilligung eines Betrags von 10,000 Kronen bezugs Theilnahme Dänemarks an der im nächsten Jahre in Berlin stattfindenden internationalen Fischereiausstellung hat der Finanzminister die Zustimmung des Reichstages beantragt.

In den russischen Blättern wird angeblich sehr lebhaft die Frage erörtert, ob Rußland dem angeblichen Verlangen Preussens nach der Annexion des Rothweichs Polen bis zur Weichsel (der sogenannten Kesselstein-Grenze) nachkommen dürfe oder nicht. Interessant sind die Meinungen der einzelnen Blätter über diesen Gegenstand. Die „Kolowa“ hält es gar nicht für unmöglich, daß unter gewissen Umständen dem Annexionsverlangen Preussens Genüge geschehen werde, und sagt, indem sie den Polen droht: „Wenn unser Verhältnis zu den Polen und besonders das Verhalten der Polen gegen uns sich nicht bessert und die Stimmung der Polen gegen uns dieselbe bleibt, wie sie seit dem Jahre 1863 ist, so ist es leicht möglich, daß die Kesselstein-Grenze auch und erwünscht sein würde.“ Die „Kowosje Wremja“ mißbilligt die Ansicht der „Kolowa“; sie begründet nicht, wie man ein so großes und so heftiges Stück Land den Deutschen übergeben könne, um so mehr, da die Polen selbst, wie dies selbst der Herr Gortchakoff ausgesprochen habe, lieber bei Rußland als bei Preussen bleiben wollen. Es würde interessant sein, die Meinung des „Golos“ über diesen Gegenstand zu erfahren, der im Jahre 1868 bereit war, Polen nicht bloß bis an die Weichsel, sondern noch weiter an Preussen abzutreten; der „Golos“ ist aber bekanntlich suspendirt und die ihn vertretenden „Petersons“ Wiedemann“ neigen sich, trotz der Tradition dieses Blattes, natürlich zur Ansicht der „Kolowa“. Diese Wendung in der russischen Tagespresse bildet ein berechtigtes Signal zur unangenehmsten Vergleichsanbahnung mit dem „politischen Diktator“.

Die meisten Wieneren Zeitungen erörtern die Memoranden des czechischen Clubs. Der „Neuen Freien Presse“ gemüßt es Befriedigung, daß sich die Czechen in denselben auf Artikel 19 der Staatsgrundgesetze stützen. Dieser Umstand gewährt jedenfalls einen anderen Anspruch auf Würdigung, als die früheren verfassungswidrigen Proteste der Czechen. In der Sache selbst kann jedoch das genannte Blatt dem Ansprache, daß alle landesfürstlichen Beamten in Böhmen beider Randesproben mächtig sein müßten, nicht zu-

stimmen. Das geht über die Gleichberechtigung hinaus und bedeuete Sprachenzwang. Die „Presse“ erklärt sich von der nationalen Einseitigkeit und dem überwiegenen czechischen Standpunkte in den angeführten Reformen „frappirt“. Wohin käme man, wenn auch die anderen Nationalitäten dieselben Forderungen stellen würden? Die österreichische Verwaltung würde dann zum Chaos. Die Memoranden bedeuten den Versuch, dem Federalismus auf administrativem Wege einen weiten Eingang in Oesterreich zu verschaffen. Die „Deutsche Zeitung“ acceptirt das czechische Memorandum als Grundlage einer möglichen Verständigung; nur müßte man den Beweis haben, daß es den Czechen erst darum zu thun sei, im Bunde mit den Deutschen die politischen und vor allem die wirtschaftlichen Fragen zu lösen.

Die serbische Regierung hat die Ausfuhr von Getreide verboten. — Der österreichischen Gesandtschaft ist anlässlich eines Incidentsalles im Belgrader Hofamte volle Satisfaction seitens der serbischen Regierung gegeben worden.

Der „Polit. Correspondent“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Der französische Vorkämpfer, Rouvier, vermittelt in dem englisch-türkischen Conflict und wirkt namentlich darauf hin, daß der englische Vorkämpfer Lyard die dreitägige Frist verlängere. Man glaubt, Lyard werde sich nachgiebig zeigen. Die anderen Vorkämpfer beobachten die größte Reserve. — Der griechische Gesandte Komninos erhielt gestern ein Schreiben des Ministers des Auswärtigen, Savaas Pascha, in welchem letzterer mittheilt, daß die Florie, ohne die in drohendem Tone gehaltene Note des griechischen Gesandten zu acceptiren, das letzte griechische Memorandum auf das Eingehende geprüft habe und die nächste Conferenz der Grenzregulierungskommission auf den 20. d. anberaume. Es wird angenommen, daß die Florie in der Conferenz am 29. d. M. einen formellen Vorstoß in Betreff der Grenzfrage machen werde.

In einem, auf Grund eigener Beobachtungen niedergeschriebenen interessanten Artikel der preussischen „Militär Zeitung“ über die französische Armee heißt es, nachdem die bedeutenden Fortschritte, welche seit 1871 nach vielen Richtungen gemacht worden, besprochen worden sind: Wir haben bisher nur Fortschritte und Vorzüge der französischen Armee angeführt und wollen nun zu ihren Nachtheilen und den entscheidenden Verschlechterungen, die in den letzten 2 Jahren eingetreten sind, übergehen. Der größte, von Jahre zu Jahre schärfer hervortretende Nachtheil besteht darin, daß jetzt das politische Element in der Armee und besonders in ihr Officiercorps eingedrungen ist, mit immer mehr zunehmender Schärfe um sich greift und den ganzen Bestand allmählig zu erschüttern droht. Wie die französische Deputationspolitische Partei lämpfe darüber, so ist es auch, wenn auch öffentlich minder heftig ausgetrieben und durch militärische Disciplin wenigstens vorläufig noch einigermaßen gemildert, in den Reihen der Officiere, Unterofficiere, ja selbst Soldaten der Fall. So lange der Marschall Mac Mahon Präsident der Republik war, trat dieser politische Parteiantschied bei weitem nicht so schroff auf als jetzt. Die Armee und besonders die Officiere, als die Hauptträger des militärischen Geistes, fühlten sich bedrückt, daß ein Marschall an der Spitze Frankreich stand, und wenn auch schon sehr aufrichtig Republikaner, Kerisale, Napoleonisten und Orleansisten in den Officiercorps vertreten waren, so hätte diese Trennung doch keinen bemerklichen Einfluß auf die Kameradschaftlichkeit und die Disciplin. Das zunehmende Verlangen nach dem Revanchekrieg gegen Deutschland und das Bestreben, sich mit allen geistigen und körperlichen Kräften möglichst thätig vorzubereiten, um auch mit einiger Aussicht auf Erfolg in diesem Revanchekrieg der Officiere alles Andere, ließ die politische Parteiunterschiede in den Hintergründen treten und verband die sonst heftigsten Gegner. Die ganz andere ist dies aber jetzt geworden, seit die Reorganisation greifbar beginnt und das Verlangen nach dem Revanchekrieg wenig und nicht verschwindet — denn das wird es in Frankreich niemals — so doch wenigstens etwas gemildert ist, und seit Marschall Mac Mahon seine Präsidentenschaft dem Advocaten Grevy abgetreten hat. Von den Generalen sind viele pensionirt worden, weil sie in gar zu heftige Opposition gegen den neuen Präsidenten und dessen Ministerium traten; die Laufenden der Officiere, Stabsofficiere und gar Subalternofficiere, die gleiche Stimmung gegen, vermag man aber unmöglich zu entfernen oder nur zu bestärken, denn die Armee kann sie ganz unmöglich entbehren, und gerade im Geschlechte ihrer Reihheit und der daraus folgenden Strohlosigkeit gefaßt sich viele dieser Herren jetzt abzüglich darin, ihren Haß oder mehr noch ihre

Berachtung gegen den Präsidenten, seine Minister und auch gegen Gambetta bei jeder Gelegenheit öffentlich in möglichst beleidigender Weise zu zeigen. Ohne Hehl und Scham sprechen diese Officiere all und überall ihre Mißachtung aus und belegen die Herren, welche jetzt an der Spitze von Frankreich stehen, mit Benennungen, wie man sie aus dem Munde von Paul Cassagnac zu vernehmen gewöhnt ist. Gerade in vielen Artillerie- und den meisten Cavallerie-Regimenten, theilweise auch bei der Infanterie, gehört es jetzt zum guten Ton, den Präsidenten, den Kriegsminister und vor allem Gambetta und seine Anhänger zu verhöhnen. Und Deutschen kann das Alles nur angenehm sein.

Das englische Kriegssamt hat angeordnet, daß die Geschützerei des Woolwicher Arsenal's am Montag ihre volle Thätigkeit wieder aufnehmen werde. Wie verlautet, ist die Entscheidung in dem Kampfe zwischen Vorderlader und Hinterlader gefallen und handelt es sich um Anfertigung einer größeren Anzahl Hinterlader nach französischem System. Diese Hinterlader fallen an Kostengewicht schwerer aus als das Kaliber der entsprechenden Vorderlader. Die Armirtheit hat Befehl gegeben, daß auf den Staatswerken weiter keine Arbeiter entlassen werden sollen. — An der afrikanischen Westküste werden Ursachen aus Anlaß des Kampfes zwischen dortigen Stämmen erwartet. Schiffe des Canalgeschwaders werden am 29. d. nach Lifabon abgehen.

Dem General Grant ist durch eine Deputation der allgemeinen Friedensgesellschaft eine Adresse überreicht worden. Auf die bei dieser Gelegenheit an ihn gerichtete Ansprache erwiderte der General, daß er der Sache entgegenstehe, in welcher ein von allen Nationen anerkanntes Gericht die internationalen Streitigkeiten schlichten werde. Während seiner jüngsten Reisen habe er die Erfahrung gemacht, daß man im Auslande nicht den gleichen Wunsch wie in America für ein derartiges Gericht hege. Bezüglich der orientalischen Frage glaube er, daß dieselbe so lange bestehen werde, bis die Nationen darin einmüthig würden, die Schlichtung ihrer Streitigkeiten einem Schiedsgericht anheimzustellen. Alle Länder Europas hätten Handelsbeziehungen mit dem Orient, bei jedem stünde man daher Mißgunst gegen die Vortheile, welche ein anderes im Orient erlange.

Aus Stadt und Land.

Leipzig, 28. Decbr. Auf eine Anfrage in der Finanzdeputation der Zweiten Kammer in Dresden, ob für die Justizbeamten die vorgeschriebenen Amtskleider aus der Staatskasse bezahlt würden, erklärte der Justizminister v. Welen, daß dies nur in Betreff der Amtskleider der Gerichtsschreiber und Hülfsträger geschehe. Die übrigen Beamten hätten die Ausgaben für Amtskleid aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Der Referent der Deputation, Abg. Dr. Windisch, war der Meinung, daß ohne gesetzliche Verpflichtung ein solcher Aufwand weder den Beamten angefallen, noch für einzelne Beamte auf die Staatskasse übernommen werden dürfe, eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit aber auch mit Rücksicht auf die Rechtsanwältel gemüthlich werden müßte. Die Gesamtheit der Deputation schloß sich dieser Anschauung des Referenten an und sie beauftragt deshalb, die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, nach dem gegenwärtigen Stande eine Gesetzentwurf, die Einführung einer Amtskleid für Justizbeamte und Rechtsanwältel betreffend, zugehen zu lassen.

Leipzig, 28. December. Die Niederlage des socialdemokratischen Candidaten Bieder bei der Magdeburger Reichstagswahl hat im Lager der hiesigen Socialisten, insbesondere unter deren Führern eine sehr schmerzliche Enttäuschung hervorgerufen. Man hatte sich in diesen Kreisen mit der bestimmten Erwartung getragen, daß bei der Stichwahl ihnen das Magdeburger Mandat als reife Frucht in den Schoß fallen würde, und es waren auch keine Anstrengungen und Geldopfer gespart worden, um einen derartigen Erfolg herbeizuführen, wie denn überhaupt die Agitation für die socialdemokratische Candidatur in Magdeburg wesentlich mit von Seiten der socialistischen Parteileitung in Leipzig bez. mit Hilfe der hier bestehenden socialdemokratischen Buchdruckereien in Scene gesetzt worden ist. Dieselbe hatte bei ihren Berechnungen fast darauf gebaut, daß dem nationalliberalen Bewerber bei der Stichwahl die Unterstützung der Fortschrittspartei in Magdeburg ganz und gar verweigert gehen würde, zu welcher Hoffnung allerdings nach der Haltung mehrerer fortgeschrittener Blätter einiger Grund vorhanden war; indessen haben die Socialisten eben dieses Mal eine ihnen jedenfalls sehr unangenehme Action erfahren.

Am Sonnabend Abend hatten sich die Mitglieder der „Leipziger Liedertafel“ auf dem